10 Punkte Programm zum Thema Asyl

5 Punkte Plan für eine Europäische Asylpolitik

1. Jedes Land verpflichtet sich, die Fingerprints von AsylwerberInnen auch wirklich zu nehmen (derzeit passiert das in vielen Ländern nicht, die AsylwerberInnen werden einfach ohne Fingerprint zu nehmen weiter geschickt).
2. Verpflichtende Quoten-Aufteilung der AsylwerberInnen nach dem Vorschlag der Kommission. Das würde entsprechend der Zahlen von 2014 für Österreich 13.773 AsylwerberInnen bedeuten. Real waren es 28.035. Die Quote würde die Zahl halbieren!
3. Die Europäische Union muss die Länder unterstützen, damit auch alle Länder die Quote erfüllen können. Keine Ausnahmen, alle Länder müssen die Quote einhalten!
4. Aktive Europäische Außenpolitik: Gemeinsame Europäische Anstrengung, um den vielfältigen Ursachen der Flucht aktiv zu begegnen.
5. Die EU-InnenministerInnen müssen mit einer notwendigen Mehrheit diese Vorschläge zügig annehmen. Die gesamte Bundesregierung mit Bundeskanzler Faymann an der Spitze wird das mit allen Möglichkeiten unterstützen.

5 Punkte für faire Verteilung von Asylwerbern in Österreich

1. Faire Verteilung von Asylwerbern auf alle Bezirke Österreichs

Faire Aufteilung nach Bezirken: Die 80 Bezirke als Verwaltungsebenen sind als Planungsgrößen am besten geeignet. Wie bei der Quote der Bundesländer soll entsprechend der Bevölkerungszahl ein Aufteilungsschlüssel vorgesehen und verbindlich eingehalten werden. In den meisten Bezirken wären dies nur 100 bis 500 Personen. Aktuelle Verteilung nach Bezirken siehe Grafik und Tabelle im Anhang – Quelle BMI.

Einrichtung einer Steuerungsgruppe auf Bezirksebene

Aufgabe: Steuerung und Beratung von asylpolitischen und organisatorischen Fragen auf Bezirksebene

Vorsitz: Bezirkshauptmann

Mitglieder:

Behördenvertreter

Vertreter von Gemeinden

Im Bezirk tätige soziale Organisationen (Caritas, Diakonie, Volkshilfe, Hilfswerk etc.)

Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften

Soziale Initiativen

2. Kurzfristige Unterbringung im Sommer in Schulen, Schülerheimen, Studentenheimen und Internaten

Österreichweit stehen zahlreiche derartige Plätze über den Sommer frei. Bereits 2014 konnten für den Sommer Personen in Internaten untergebracht werden, bis langfristige Plätze gefunden wurden. Allein in den Bundesschülerheimen wäre im Juli und August die Unterbringung von 1.300 Personen möglich.

3. Wohnungsbörse und private Unterbringungen

Gerade während der Jugoslawienkrise waren es oft Familien, die Flüchtlingsfamilien aufgenommen haben. Dies geschieht unbürokratisch und fördert zugleich die Integration der Betroffenen. Diese Möglichkeit soll daher gefördert und systematisiert eingerichtet werden.

Diese Möglichkeit soll auch für unbegleitete Kinder und Jugendliche genutzt werden. Anerkannte Pflegeeltern oder jene, die eine solche Funktion übernehmen wollen (Prüfung durch die Jugendwohlfahrtsträger), sollen dadurch gezielter erreicht werden.

4. Keine unbegründete Grundversorgung

Anerkannte Asylberechtigte haben volle Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung. Dennoch werden sie zum Teil länger in der Grundversorgung geführt. Sie sind künftig nicht länger unbegründet in der Grundversorgung zu behalten. Die Versorgung und Integration kann durch eine weitere Betreuung durch die Steuerungsgruppe auf Bezirksebene besser gewährleistet werden.

5. Rückübernahmeabkommen erweitern

Trotz rechtskräftig negativen Entscheidungen, das heißt bei Personen, denen gemäß höchstgerichtlicher Überprüfung keine Gefahr in ihrem Herkunftsstaat droht, scheitert die Rückführung oft an Abkommen mit den Herkunftsstaaten. Das deutsche Außenministerium hat deutlich mehr Rückübernahmeabkommen abgeschlossen. Österreich hat 16 bilaterale Rückübernahmeabkommen, Deutschland 31.

Das Außenministerium soll daher mit weiteren Staaten Rückübernahmeabkommen schließen sowie zur reibungslosen und raschen Zusammenarbeit im Rahmen schon bestehender Abkommen verstärkt auf die entsprechenden Herkunftsländer einwirken.